

tfA-Transitforum Austria-Tirol + tfA-Gruppe Zederhaus

Ihre alpine Bürgerrechtsorganisation
A-6020 Innsbruck, Salurnerstraße 4/III.
Tel./Fax: 0043-512-579560

transitforum@netway.at
www.transitforum.at

Rothenwand 2
5584 Zederhaus

EINSCHREIBEN

Frau
Landeshauptfrau
Mag. Gabi Burgstaller persönlich
Chiemseehof
5010 Salzburg

Zederhaus, Innsbruck, 10. Mai 2004

Ausbaupläne A 10 Tauernautobahn – Anfrage nach dem Bundesauskunftspflichtgesetz

Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau,

zunächst dürfen wir Ihnen auf diesem Weg zu Ihrer neuen Position innerhalb der Salzburger Landesregierung viel Glück und Erfolg wünschen und Sie einladen und ersuchen, sich möglichst rasch ein Bild der aktuellen Transit-Situation zu machen. Insbesondere deshalb, weil sich in den letzten Monaten sehr viel verändert hat – Aufgabe der mengenmäßigen Begrenzung der Lkw-Transitfahrten mit 1. Jänner 2004 (insbesondere durch tatkräftige Unterstützung der österr. Bundesregierung), Einführung des Lkw-Roadpricing mit 1. Jänner 2004 und dem damit verbundenen Lkw-Ausweichverkehr von den Autobahnen in das niederrangige Straßennetz sowie die Erweiterung der EU um zehn Mitgliedstaaten.

Für uns Anrainerinnen und Anrainer an der A 10 Tauernautobahn sind nach wie vor viele Probleme bzw. Fragen ungelöst. Deshalb ersuchen wir um persönliche Beantwortung nachstehender Fragen an Sie nach dem Bundesauskunftspflichtgesetz:

- 1) Treten Sie trotz der dramatisch veränderten Rahmenbedingungen (vorläufiger Wegfall der mengenmäßigen Begrenzung für Transit-Lkw, Lkw-Roadpricing etc.) weiter für einen raschen Ausbau der A 10 Tauernautobahn (insbesondere durch den Bau der 2. Tunnelröhre) ein?
- 2) Ist Ihnen bekannt, dass der Bau der 2. Tunnelröhre am Tauern von den Europäischen Industrie- und Handelskammern massiv gefordert wird, um neben der Inntal-Brennerroute eine weitere Nord-Süd-Lkw-Transitroute zur Verfügung zu haben?
- 3) Ist Ihnen bekannt, dass die Europäischen Industrie- und Handelskammern die Politik auffordern, für diese Maßnahmen „ausreichende Finanzmittel bereitzustellen“?
- 4) Ist Ihnen bekannt, dass die Europäischen Industrie- und Handelskammern die Politik auffordern, „sich insbesondere auch gegenüber der Bevölkerung für diese Projekte mit Nachdruck einzusetzen“?
- 5) Wie sind diese Forderungen der Europäischen Industrie- und Handelskammern politisch zu verantworten, während gleichzeitig auf allen Ebenen des Staatshaushaltes – insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich – massiv „gespart werden soll“?

- 6) Ist Ihnen bekannt, dass in der sogenannten „Gemeinsamen Erklärung zur Erarbeitung und Realisierung von Umweltschutzmaßnahmen entlang der A 10 Tauernautobahn“ (gemeint sind Lärmschutzmaßnahmen) als Basis die „Dienstanweisung des ehem. Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten ‚Lärmschutz an Bundesstraßen‘ aus dem Jahre 1999 (Zahl 890.040/2-VI/14a/99)“ herangezogen wird?
- 7) Teilen Sie unsere Ansicht, dass mit dieser „Gemeinsame Erklärung ...“ der belasteten Bevölkerung nur dann Lärmschutzmaßnahmen realisiert werden, wenn vorher die in der Dienstanweisung ohnehin seit 1999 festgelegten Lärmgrenzwerte überschritten werden?
- 8) Halten Sie es für eine der heutigen Zeit angemessene intelligente Strategie, zuerst Maßnahmen zu treffen (Ausbau), damit noch mehr internationaler Lkw-Transit angezogen wird, dann Lärm- und Schadstoffgrenzwerte ansteigen und erst dann, wenn Mensch, Natur und Wirtschaft schwer belastet sind, diese Belastungen mit unzureichenden Lärmschutzmaßnahmen zu bekämpfen?
- 9) Teilen Sie unsere Ansicht, dass die in dieser „Gemeinsame Erklärung ...“ angeführten Lärmschutzmaßnahmen ohnehin schon seit 1999 vom Straßenerhalter bzw. Gesetzgeber verpflichtend durchzuführen sind?
- 10) Teilen Sie unsere Ansicht, dass in dieser „Gemeinsamen Erklärung ...“ vollständig auf die steigende Schadstoffproblematik vergessen und damit bei einem unkontrollierten Ausbau der Gesamtstrecke weite Teile entlang der A 10 Tauernautobahn in wenigen Jahren zum „Sanierungsgebiet nach IG-Luft“ erklärt werden müssen (mit der Folge der Verschlechterung der Gesundheits- und Wirtschaftsqualität für die anrainende Bevölkerung sowie die Wirtschaftsbetriebe)?
- 11) Sind Sie bereit, auf Grund der eingangs angeführten dramatischen Veränderung der IST-Situation dafür einzutreten, ein strategisches UVP-Verfahren einzumahlen, damit die Folgewirkungen des von den Europäischen Industrie- und Handelskammern geforderten Ausbaus der Gesamtstrecke von Rosenheim über den Walserberg sowie den 2. Röhren Tauern- und Katschbergtunnel von Experten geprüft werden?
- 12) Sind Sie bereit, auf Grundlage der neuesten Erkenntnisse und der eingangs geschilderten neuen IST-Situation mit uns noch vor dem Sommer ein Gespräch zu führen?

Wir sind, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, überzeugt, dass Sie sich ebenso wie die anderen Mitglieder der Salzburger Landesregierung nicht so einfach vor den Karren der Europäischen Industrie- und Handelskammern spannen lassen. Weil für Sie ebenso wie für uns der Grundsatz „Begrenzte Täler vertragen keinen unbegrenzten Verkehr“ Gültigkeit hat. Und weil es gerade in Zeiten der Budgetknappheit keinesfalls verantwortbar ist, Millionen und Milliarden an Euro leichtfertig in den Ausbau internationaler Transitrouten zu stecken und auf der anderen Seite mit dem Rotstift bei Pensionisten, Krankenkassen, Schulen, Kindergärten, Altersheimen etc. zu agieren.

Deshalb ersuchen wir höflich um rasche Beantwortung unserer Fragen und würden uns über ein persönliches Gespräch – wo immer Sie wollen – freuen.

Mit freundlichen Grüßen zeichnen

Ihr Fritz Gurgiser, Obmann, eh.

Ihr Robert Batlogg, Sprecher tfa-Gruppe Zederhaus

Anhang:

Auszug aus dem Forderungspapier der Europäischen Industrie- und Handelskammern (UECC); Basel, 21.3.2003

Anhang

DAS WILL DIE UNION EUROPÄISCHER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN (UECC):

2.4 Achse Karlsruhe-Stuttgart-München-Wien-Klingenbach-Budapest (E52-E60)
- (D) Ausbau A8 Rosenheim-Salzburg

2.9 Achse München-Salzburg-Villach-Udine
- (A) A10 Tauernautobahn, 6-streifiger Ausbau Walserberg-Hallein
- (A) A10 Tauernautobahn, Errichtung der zweiten Tunnelröhren
„Katschberg“ und „Hohe Tauern“

Forderungen der UECC an die Politiker der EU und der Nationalstaaten

1. Die Politik wird aufgefordert, ausreichende Finanzmittel in definierten Zeiträumen bereitzustellen, damit die Verkehrsinfrastruktur bedarfsgerecht ausgebaut werden kann.
2. Die Politik wird aufgefordert, die Planung und Realisierung von Projekten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wirkungsvoll zu unterstützen, und sich insbesondere auch gegenüber der Bevölkerung für diese Projekte mit Nachdruck einzusetzen.
3. Die Politik wird aufgefordert, grenzüberschreitende Projekte in besonderer Weise zu fördern.
4. Die Politik wird aufgefordert, der Realisierung der TEN-Projekte eine Verbindlichkeit zu geben.
5. Bei der Einführung eines einheitlichen europäischen Gebührensystems zur Anlastung der Wegekosten sollen die Mitgliedsstaaten von der EU verpflichtet werden, die Einnahmen vollständig in die Verkehrsinfrastruktur zurückfließen zu lassen.

Anmerkung Transitforum Austria-Tirol:

Klar und unmissverständlich beweisen diese Forderungen, „für wen tatsächlich“ diese Ausbaumaßnahmen durchgeführt werden sollen – für die Industrie, die weitere alpine Transitrouten braucht, um die Straße weiter als von der Allgemeinheit hoch subventioniertes „Rollendes Lager“ exzessiv zu betreiben. Um von Nord nach Süd und umgekehrt an uns „vorbeizufahren“ – von einem billigen Produktionsland in das nächste. Auch darüber muss die Diskussion geführt werden. Die Situation am Arbeitsmarkt beweist einmal mehr, dass „Verkehr ist Leben“ heute nicht mehr stimmt.

Daher haben wir uns einzumischen, wenn mit unserem Steuergeld der Verlust der eigenen Lebens- und Wirtschaftsqualität bezahlt werden soll. Auch die PolitikerInnen werden „entlarvt“, die andere Beweggründe für den Ausbau vorschieben (bspw. Sicherheit etc.).

Es darf auch nicht sein, dass man die Bevölkerung damit erpresst, indem man sagt, wenn ihr für den Bau der 2. Röhren seit, bekommt ihr den – ohnedies gesetzlich zustehenden (!) – Lärmschutz und sonst nicht. Erpressung darf nicht zum politischen Druckmittel werden, sondern soll dort bleiben, wo dieses Delikt mit dem Strafrecht geahndet wird.